

Neues Deutschland

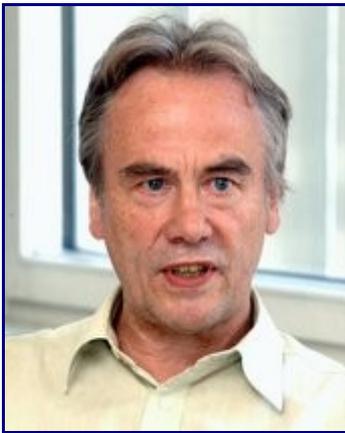
URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/171789.streitfrage-wie-provokativ-darf-antimilitaristischer-protest-sein.html>

28.05.2010 / Debatte / Seite 17

Streitfrage: Wie provokativ darf antimilitaristischer Protest sein?

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) stand in der jüngsten Vergangenheit schwer unter Beschuss. Anlass war die Aktion »Feste feiern, wie Sie fallen« des Berliner Landesverbandes. Momentan wird gegen ihn strafrechtlich vorgegangen. Dabei kam es zu einer Zusammenarbeit eines DFG-VK-Sprechers und den ermittelnden Behörden (ND berichtete). Auf der Debattenseite der vergangenen Woche diskutierten zwei DFG-VK-Mitglieder über Grenzen antimilitaristischen Protests. Da die DFG-VK-Aktion auch außerhalb der Organisation für Diskussionsstoff sorgte, wird die Debatte fortgesetzt. Hier nun weitere Meinungen aus der Friedensbewegung.

Anerkennung der Vielfalt



Reiner Braun

Foto: ND/Burkhard Lange

Von Reiner Braun

Um es eingangs zu sagen: Eine Zusammenarbeit mit den Repressionsorganen unseres Staates zuungunsten von Betroffenen kann es für soziale Bewegungen nicht geben. Wir verfügen über genügend juristische Kompetenz und Sachverstand, um auch diese Auseinandersetzung erfolgreich zu führen. Konfliktfrei ist dieses nicht, aber alternativlos.

Es geht bei den zurzeit diskutierten Konflikten aber meiner Meinung nach um weit mehr. Es geht um die Kultur unserer politischen Arbeit unter Bedingungen, die Erfolge so unsagbar schwer erreichbar machen. Dies gilt besonders im Handeln gegen den Krieg in Afghanistan.

Vor allem die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit führt zu einem berechtigten Nachdenken über die Fragen, wie können wir schneller, ideenreicher und erfolgreicher die vorhandenen

Meinungsmehrheit zu einer bewusst handelnde breiten Bewegung entwickeln. Über vielfältige neue und andere Formen der Bewusstseinsbildung und des »Wachrüttelns« wird vielerorts nachgedacht. Dies ist auch dringend notwendig.

Es ist sicher keine Lösung, wenn immer die gleichen, weniger werdenden Menschen immer engerer politischer Couleur immer wieder (bundesweite) Aktionen vorbereiten, zu denen absehbar wenig/weniger Menschen (auch aus den vorbereitenden Organisationen) kommen, und sie sich anschließend einer Reflexion dieses unbefriedigenden Zustandes verweigern. Das Nachdenken über neue – auch provokante und zugespitzte Aktionsformen – geschieht aber nicht in einem luftleeren Raum, sondern ist ohne ein Verständnis von Ziel und Zweck der Aktion nicht hilfreich. Ziel muss es sein, mehr Menschen für den Frieden zu mobilisieren und ein positives, attraktives Bild der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit zu kreieren. Wir sind auch Sympathieträger für eine friedliche Welt und wollen mit unserem Handeln diese »bessere Welt« auch ein Stück vorleben und vorzeigen.

Die Menschen nicht dort abzuholen, wo sie im Denken und Handeln stehen, führt zu unverantwortlichem Sektierertum. Aber es gilt ebenso: Bewusstsein ist nichts Statisches und kann im Prozess und in Vorbereitung von Aktionen vielfältig verändert werden. Kriterium ist auch nicht das Bewusstsein des letzten kleinbürgerlich (aufgehetzten) »Bild«-Zeitungslesers. Provokationen und Zuspitzungen sind dabei notwendig, Regelverletzungen können durchaus sinnvoll sein.

Es bleibt aber immer die zu überprüfende und vorher intensiv und offen zu diskutierende Frage: Trägt die geplante gewaltfreie Aktionsform dazu bei, unserem Ziel näher zu kommen, mehr Menschen zu erreichen, Sympathie und Unterstützung zu schaffen? Und stehe ich eine Auseinandersetzung gegen die politische Reaktion und ihren Medien auch offensiv und erfolgreich durch? Diese Fragen können unter uns durchaus kontrovers beantwortet werden, aber sie müssen gestellt werden und nicht nur unter Gleichgesinnten. Aus diesen Gründen hatte ich immer Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Aktion der Berliner DFG-VK.

Zur politischen Kultur der Friedensbewegung gehört auch, dass wir anerkennen, dass es eine große Breite und Vielfalt in ihr gibt. Und zur Friedensbewegung unseres Landes gehören für mich viel mehr soziale Kräfte und Personen als die, die durch den Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden repräsentiert werden. Dies gilt sowohl nach »Rechts« in Richtung von Menschen aus der Sozialdemokratie und Grünen, Kirchen und Gewerkschaften, als auch für den antikapitalistischen und autonomen Bereich. Mich verbindet mit denen in der Ablehnung von Kriegen und Gewalt, teilweise auch nur in Einzelfragen, viel mehr als mit der herrschenden Politik der NATO-Staaten. Ihre unterschiedlichen Aktionsformen sind notwendig und sinnvoll.

Diese Kräfte zu bündeln, u. a. im Kampf gegen den Krieg gegen Afghanistan oder für eine Welt ohne Atomwaffen, ist eine bleibende Aufgabe. Eine Kultur des Verständnisses und der Kooperation unter Anerkennung der Vielfalt ist dafür unersetzlich.

Wir müssen noch einiges lernen.

Reiner Braun, Jahrgang 1952, ist Geschäftsführer der deutschen Sektion der Organisation Internationale Juristen gegen Nuklearwaffen (IALANA) und einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden.

www.ialana.de